

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Gerschmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Februar und März für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 67 Pfg., für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 Mark 34 Pfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 30. Januar.

Deutscher Reichstag.

165. Sitzung vom 30. Januar, 12 Uhr.

Die Beratung des Postetats, Titel „Gehalt des Staatssekretärs“, wird fortgesetzt.
 Abg. B. Müller (Ztr.) wünscht Aushebung der postalischen Sonntagsruhe über die gesetzlichen Feiertage hinaus auch auf die kirchlichen „gebotenen“ Feiertage. Im Fürstenthum Hohenzollern werde von allen Verwaltungen auf alle diese katholischen Feiertage gebührend Rücksicht genommen, nur von der Reichspost nicht.

Staatssekretär v. Stephan: Die Sache befindet sich noch im Stadium der Informationen. Die Reichspostverwaltung kann da nicht ohne Weiteres vorgehen, zumal es sich doch auch um den Eisenbahnpolizisten handelt. Wir haben uns daher mit der preussischen Zentralstelle in Verbindung gesetzt und eine Entscheidung von da liegt noch nicht vor.

Abg. Förster (Antis.) kommt nochmals auf die Ungerechtigkeiten zurück, welche durch die Einführung des Altersstufen-systems herbeigeführt seien. Einem Versuch, schon jetzt auch auf die verschiedenen Gehaltsfragen nebst den dazu gestellten Anträgen einzugehen, tritt der Präsident entgegen.

Abg. Fischer bedauert sich und seine Freunde dagegen, eine Vertheuerung des Zeitungswesens zu wollen. Ihr Verlangen nach Reform der Postzeitungstaxen laufe nur auf eine gerechtere Verteilung der Lasten des Tarifs hinaus. Wenig befriedigt habe ihn die Antwort vom Bundesratspräsidenten bezüglich der an den Telegrammen geübten Zensur. Wenn in dem Dant von hiesigen Produktenthaltungen an die Wiener Börse sogar das Wort „Schüler an Schalter“ gegen solche Angriffe auf die Börse von der Telegraphenbehörde beanstandet worden seien, so meine er doch: Worte, die in jeder Volksversammlung und auch hier im Reichstage jederzeit beanstandet fallen könnten, seien doch unmöglich für so aufreizend anzusehen, daß die Telegraphenbehörde ihren Gebrauch untersagen dürfe. Weiter führt Redner Beschwerde darüber, wie die Post bei den Unfallgefällen statutenmäßige Verpflichtung zur Veranlassung von Unfallrenten nachkomme. Endlich bemängelt Redner noch den Fiskalismus der Verwaltung und ihr abgeneigtes Verhalten gegen Wünsche des Reichstages.

Geh. Rath v. Sydow: Daß dieser Vorwurf unbegründet ist, beweist ja die Thatsache, daß wir auf die vorjährige Revision hin die Telegraphenbühren für den Umkreis von 25 Kilometern herabgesetzt haben. Renten an Bevollmächtigte sind nicht durch die Postverwaltung zu zahlen, sondern seitens der Berufsgenossenschaften. Wenn wir erstere Zahlungen ablehnen, so halten wir uns damit nur genau an das Gesetz, mit der Zahlung der Renten an die Arbeiter selber hat das gar nichts zu thun.

Abg. Singer: Auf welche Weise der gestern von mir beschlossene Erlaß bekannt gemacht worden ist, ist gleichgültig. Es kommt nur darauf an, ob das, was ich mitgeteilt hatte, daß sich unter den Mehrheitsparteien des Hauses noch Niemand gefunden hat, um der Postverwaltung klar zu machen, daß sie nicht jede Antwort über den Erlaß verweigern darf. Ein Minister, der in Frankreich oder England so handelte, würde alsbald seine Entlassung erhalten. Was Alles bei der Postverwaltung möglich ist, zeigt eine — nicht vertrauliche — Verfügung eines Herrn Postdirektors Schülke in Oberhausen, in welcher von Packträgern als von Dänen und Sitten Hindernisse gesprochen wird.

Geh. Rath Wittke: Der Herr Beamte gilt als tüchtiger Beamter, auch kennen wir die betr. Verfügung nicht, aber sollte sie sich bestätigen, dann würde natürlich Mißbilligung eintreten.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit) führt Beschwerde über Annahme und Bestellung von Drucksachen bei Berliner Postämtern, sowie über mangelhafte Durchführung der postalischen Sonntagsruhe, speziell auf Kosten der Unterbeamten. Auch auf die Frage einer leichteren Sommerkleidung, namentlich für die Zambrieftreger, geht Redner näher ein.

Geh. Rath Frickh: Eine Beschwerde über mangelhafte Packentnahme ist uns nicht zugegangen, die Sache soll aber geprüft werden. Bedenken. Die seit Jahren angestellten Ermittlungen werden aber fortgesetzt, und es ist ja möglich, daß sie noch zu einem anderen Ergebnis führen.

Nach einer kurzen Entgegnung v. Liebermann an v. Sydow wird das Gehalt des Staatssekretärs wieder genehmigt. Auch die von der Kommission beantragte Resolution betr. Beschränkung der Packetbefreiung an Sonntagen auf Eisenbahnen, gelangt zur Annahme.

Bei dem weiteren Besprechungstitel „Oberpostdirektion, Titel 18, Bureaubeamte 2. Klasse“ beantragt

Abg. Müller-Sagan Erhöhung des Gehaltsmaximums von 2700 auf 3000 Mark. Es entsteht hierüber zunächst eine längere Geschäftsordnungsdebatte, welche damit endet, daß sämtliche Besetzungsanträge an die Budgetkommission verwiesen werden, da diese ohnehin noch über die Besetzungsvorlage der Regierung zu beraten und eine Beschlußfassung bis nach Vorliegen der analogen Beschlüsse in Preußen verschieben hat.

Bei dem Ausgabebetitel „Vervollständigung der Telegraphenanlagen“ weist

Abg. Hammacher auf das bekannte Urtheil des Oberlandesgerichts in Breslau hin, welches die Städte berechtige, gegen die Anlegung

von Telegraphenwegen auf Grund ihres Besitzrechts an den Straßen Widerspruch zu erheben. Erreichte das Reichsgericht dieser Entscheidung, so erwachte der weiteren Ausdehnung des Telegraphenweges die größte Gefahr. Ebenso durch die elektrischen Straßenbahnen, wofür durch Telegraphen-Verwaltung und elektrische Bahnen auf einander billige Rücksicht nahmen und besonders die letzteren genötigt wurden, sich bei Anlegung von Starkstrom-Anlagen jeder Beeinträchtigung der Telegraphen- und Telephon-Anlagen durch entsprechende Einrichtungen zu enthalten.

Staatssekretär v. Stephan: Durch § 12 des Telegraphen-Gesetzes sind wir in der Lage, jede neue Starkstromanlage zu solchen Einrichtungen zu zwingen. Was die Entscheidung in Breslau anlangt, so stimme ich dem Vorredner in Bezug auf die Folgen, welche dieselbe für die Ausbreitung des Telegraphen- und Telephonnetzes haben würde, bei. Die Sache ist aber sub judice, sie werde voraussichtlich schon Anfang nächsten Jahres vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen.

Abg. Müller-Sagan führt Beschwerde, daß in Göttingen Jemandem die Telephon-Verbindung abgeschnitten sei wegen Verurteilung durch Nachbarn.

Staatssekretär v. Stephan rechtfertigt dies damit, daß ja in den Verträgen ausdrücklich die Benutzung nur für eigene Zwecke gemacht sei. Private Fernsprecheinrichtungen dürften keinesfalls zu öffentlichen Fernsprecheinrichtungen ausgestellt werden.

Abg. Müller-Sagan weist dem gegenüber darauf hin, in Berlin werde doch seitens der Verwaltung nicht beanstandet, daß die Fernsprecheinrichtungen bei den Portiers von sämtlichen Mietern des Hauses benutzt würden.

Eine Antwort hierauf erfolgt nicht, der Titel wird genehmigt.

Bei dem Ausgabebetitel im Ordinariatum entstehen weitere Debatten nicht.

Das ganze Extraordinariatum wird ohne jede Debatte nach den Beschlüssen der Kommission bewilligt.

Ohne weitere Debatte wird ferner auf Antrag Hammacher beschlossen, die Petitionen um Ermäßigung der Fernsprechtsgebühren den verschiedenen Regierungen zur Erwägung zu überweisen.

Bei der Einnahmen beantragt

Abg. Schneider v. nachstehende Resolution: Der Reichstagsrat wolle dahin wirken, daß die Portofreiheiten laut Gesetz von 1869, welche den regierenden Fürsten und deren Gemahlinnen bzw. Wittwen verblieben seien, auf deren Personen beschränkt werden.

Unterstaatssekretär Dr. Fischer betont, daß das Gesetz von 1869 die Bedeutung eines Privilegs habe, der nicht einseitig geändert werden könne, denn es sei die Voraussetzung gewesen für den Verzicht auf das Postrecht der Bundesfürsten. Sämtlichen Wünschen würde wie jetzt sehr gewiß auch in Zukunft bereitwillig abgeholfen werden.

Abg. Debel (Sop.): Wenn irgend etwas, so könne der Umfang, in dem von diesem Privileg Gebrauch gemacht werde, als grober Unfug bezeichnet werden, zumal wenn man daran denke, wie viel Welsens man aus dem vielleicht etwas reichlichen Gebrauch der Freifahrtberechtigung seitens einzelner Abgeordneten gemacht habe. Man habe doch auch sonst schon genug Privilegien angesetzt. Der Antrag sei nicht gründlich genug; diese Portofreiheit sollte überhaupt beseitigt werden.

Abg. Schneider hofft doch, daß diese Erwiderung und ihre Verbreitung durch die Presse schon dazu führen werde, daß den schreienden Mißständen auf diesem Gebiete abgeholfen werde.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Freimüthigen und Sozialdemokraten abgelehnt und dann der Rest des Postetats unverändert genehmigt.

Ohne Debatte wird noch der Etat der Reichsdruckerei erledigt.

Sodann verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 3. Februar. Tagesordnung: Erste Lesung der Grundbuchordnung und der Konvertirungs-Vorlage.

Schluß 3¹⁵ Uhr.

Franz Schubert.

Ein Gedenkblatt zum 31. Januar.

Die Kaiserstadt Wien ist die Heimathstadt manches bekannten Tonkünstlers gewesen und unter diesen nimmt der große Vieler-Komponist Franz Schubert nicht den niedrigsten Platz ein, und wenn seine Wiege auch nicht direkt in der Kaiserstadt stand, sondern in dem nahen Lichtenthal, so war er ein echter Wiener und auch seine Kompositionen haben seinen Wiener Klang. Heute sind 100 Jahre verfloßen, als Franz Schubert als der Sohn des Schulhebers Schubert in Lichtenthal bei Wien geboren wurde, er war der 14. Sohn, welcher aus der Ehe des Vaters mit einer Schwestern Elisabeth Fik hervorging, und da aus einer zweiten Ehe, welche sein Vater mit der Fabrikantentochter Anna Algenbach einging, noch fünf weitere Kinder entsprossen, kann man sich denken, daß es keine glänzenden Verhältnisse waren, unter denen der kleine Franz aufwuchs. Aber der kleine zeigte schon in früher Jugend ein hervorragendes musikalisches Talent, und sein Vater, der selbst die Musik liebte und pflegte, sorgte für Ausbildung des kleinen und das väterliche Haus in Lichtenthal war eine musikalische Heimstätte, denn alle Brüder zeigten musikalische Bildung. Schon in früher Jugend brachte ihm sein Bruder das Klavierspiel bei und der Schüler zeigte sich bald als Meister, im sechsten Jahre begann der Vater mit dem Violin-Unterricht und gleichzeitig besuchte der Knabe die Singstunden des Lichtenthaler Chordirigenten Michael Holzer. Mit 11 Jahren war er ein sehr guter Sänger, wurde er im 11. Jahre in das kaiserliche Konvikt in Wien als Hospitant aufgenommen. Nun fand das aufsteigende Talent von allen Seiten Förderung, den theoretischen Unterricht übernahm Angeltz, die praktische Ausbildung Salleri und als besondere Ehre sah es der junge Schüler an, wenn er in Wöhlfer'scher Angeltz's das in dem Konvikt gebildete Schülerorchester dirigieren durfte. In diesem Orchester wirkte er als erster Violinist

und hierbei lernte er die Instrumentalwerke Haydn's und Mozart's kennen. In dieser Zeit war der junge Schubert bereits als Komponist thätig, doch auffallend war es, daß er nur ernste Themen schuf, seine Melodien atmeten tiefe Trauer, wie die aus dem Jahre 1810 stammende „Reichenphantasie“ zeigt und das eigenartige Musikstück „Dagars Klage“. Als Schubert's Stimme in die Mutation ging, konnte er als Chorführer nicht weiter verwendet werden und er wanderte im Oktober 1813 wieder nach Lichtenthal in das Elternhaus, wo er seine musikalischen Studien fortsetzte; gegen Ende des nächsten Jahres trat er als Schulkapellmeister seines Vaters ein, um der Konstriktion zu entgehen, und waltete dieses Amtes drei Jahre lang. Aber in dieser Zeit entwickelte sich der musikalische Geist Schubert's immer mehr und zahlreiche Kompositionen entstanden, und zwar arbeitete er mit einer erstaunlichen Schnelligkeit in stetem Durch-einander Kantaten, Streichquartette, Symphonien, Tänze, Lieder, auch eine Symphonie in D-dur und eine Oper „Des Teufels Lustschloß“ entstand bereits in jener Zeit. Im Jahre 1815 komponierte er die Opern „Alceste“ und „Der Spiegelritter“, die Operette „Der vierjährige Posten“ und die Singbälle „Fernando“, „Claudine von Villa Bella“ und „Die beiden Freunde von Salamanca“, dazu zwei Messen in B und G, zwei Sonaten in C und F, eine Symphonie in D, ein Streichquartett in G-moll und zahlreiche Lieder, Tänze und Kirchenstücke. Inzwischen hatten seine Kompositionen die Aufmerksamkeit weitest Kreise erregt, in Wiener musikalischen Kreisen fanden dieselben immer mehr Freunde und die Folge war, daß Schubert 1818 als Sing- und Klavierspieler von dem als Musikfreund bekannten Grafen J. Esterházy engagiert wurde und diesem auf sein Gut Felschitz in Ungarn folgte. Hier wurde Schubert zwar stets in den Schranken des Musiklehrers gehalten, aber er fand Zeit zu eifrigem Schaffen und hier war es auch, wo er zum ersten Male und zwar hoffnungslos verliebt, sein Ideal war Komtesse Karoline, doch schon im Herbst desselben Jahres verließ er den Grafen wieder und in den Sommer 1819 fällt ein Aufenthalt in Oberösterreich; beide Jahre finden wir Schubert in reichem Schaffen, es entstanden u. A. das Lied „Die Forelle“, das „Forellen-Quintett“ und die sechste Symphonie in C. Auch die nächsten Jahre zeigen die große Schaffenskraft des Meisters, obwohl seine Verhältnisse nicht ungetrübt waren und er oft mit den Sorgen des Lebens zu kämpfen hatte, denn er wollte nicht abhängig sein; er nahm deshalb kein festes Amt an und schlug sogar die ihm angetragene Hoforganistenstelle aus. 1823 entstanden die „Müllerlieder“, die Musik zum Drama „Rosamunde“, die Oper „Alceste“, die Operette „Der häusliche Krieg“. Einen Teil des Jahres 1824 verlebte Schubert wieder auf dem Esterházy'schen Gute Felschitz und die Sommermonate 1825 waren einem Aufenthalt in Oberösterreich gewidmet. Den Kompositionen des Jahres 1826 gehören an das große D-moll-Streichquartett, der erste Teil der Lieder-Sammlung „Winterreise“, der Männerchor „Die Nachtigall“, das Rondo brillant op. 70, das Klaviertrio in B. — In das Jahr 1827 fallen an bedeutenden Sachen: Das Klaviertrio in Es, der zweite Teil der „Winterreise“, der Chor „Nachtgesang im Walde“ und die Klavierimpromptus op. 147. Inzwischen begann der noch so junge Meister bedenklich zu kränkeln, Fieberanfälle wiederholten sich fortgesetzt, plötzlich überfiel ihn der Ebel vor jeglicher Speise, dazu kam Schlaflosigkeit und in den letzten 8 Wochen ab und schloß er fast gar nicht, bis er am 19. November 1828 verstarb. Mit Schubert ist einer der fruchtbarsten Tonkünstler dahingegangen, trotz seiner Jugend besitzen wir von ihm: 4 vollendete und 5 unvollendete Opern, 5 Operetten, 2 Singspiele, 1 Melodram, 9 Ouverturen, 5 Messen, 2 Stabat mater, ein großes Hallelujah, eine 8stimmige Hymne für Männerchor, viele andere Kirchenstücke, an 900 Lieder und in Deste ausgewählte Lieder, ferner 9 Symphonien, ein Oktett, gegen 15 Streichquartette und eine ganze Anzahl Trio's, Duo's u. A. m. — Am 22. November 1828 wurde Schubert auf dem Kirchhofe zu Währing begraben, nur durch drei Gräber von Beethoven getrennt, das Grabdenkmal erhielt folgende von Grillparzer verfaßte Inschrift: „Der Tod begrub hier einen reichen Besitz, aber noch schönere Hoffnungen. Hier liegt Franz Schubert, geboren am 31. Januar 1797, gestorben am 19. November 1828, 31 Jahre alt.“ — Vor 3 Jahren sind sowohl Schubert's wie Beethoven's Gebeine nach dem Zentralfriedhof zu Wien überführt und in einem Ehrengrabe beisetzt worden, dort ruhen sie gemeinsam — zwei Herrscher im Reiche der Töne.

Deutschland.

Berlin, 30. Januar. Der dem Abgeordnetenhaus zugegangene Bericht über die letzten Verhandlungen der ständigen Kommission für das technische Unterrichtswesen zeigt in erfreulicher Weise, daß innerhalb der Regierung sowohl wie in den an dem Unterrichtswesen hauptsächlich interessierten kommunalen und privaten Kreisen das regste Interesse für die Förderung aller unterer, der Ausbildung der gewerblichen Kreise dienenden Schulen besteht. Einigen Anregungen in diesen Verhandlungen, wie der für die Gründung einer Vaugewerkschule in der Rheinprovinz und Westfalen, der für die Förderung des Wanderunterrichts für die Weberindustrie u. a. ist auch bereits in dem Staatshaushaltsetat für 1897—98 Folge gegeben. Eine ganze Anzahl anderer bleibt aber noch zu verzeichnen. Dazu wird in erster Reihe die Forderung des Einkommens und der allgemeinen Verhältnisse der Lehrer an den gewerblichen Schulen zu zählen sein. In einzelnen Gewerbezweigen, wie z. B. dem Vaugewerbe, ist der Andrang zu den Schulen derartig, daß die genügenden Plätze für die Schüler lange nicht vorhanden sind. Wenn man aber neue Schulen gründen muß und wenn sämtliche Schulen ihren Zweck erfüllen sollen, so wird man auch tüchtiger Lehrkräfte bedürftig. Diese wiederum erhält man nur, wenn man sie erziehen kann, so stellt. Dazu aber gehört nicht nur ein ausreichendes Gehalt und Regelung ihrer Titel- und Rangverhältnisse, sondern auch Pensionierung und Reiskostenverfügung. Der Staat allein kann, selbst wenn, wie der Gewerbedirektor

in den erwähnten Verhandlungen betonte, der Finanzminister der Förderung des gewerblichen Unterrichtswesens das größte Interesse entgegenbringt, hier nicht vorgehen. Man wird auch einen Teil der Last auf die Schultern der Gemeindeglieder, die sich zu diesem Zwecke zu Verbänden vereinigen könnten, legen müssen. Es wäre zu wünschen, daß in dieser Beziehung bald eine Einigung erzielt würde. Schließlich darf noch hervorgehoben werden, daß die Schulen allein die deutsche Kunstindustrie und das deutsche Kunstgewerbe auch nicht auf die gewünschte Höhe zu bringen vermögen. Recht viel in dieser Hinsicht wird vielmehr die Vermehrung der Bestellungen von kunstgewerblichen Gegenständen beitragen können. Es ist ja in letzter Zeit damit auf manchen Gebieten besser geworden als früher, jedoch darf nicht verkannt werden, daß, wenn in anderen wohlhabenderen Ländern das Kunstgewerbe in manchen Zweigen noch auf einer höheren Stufe steht, dies vor allem den Bestellungen des Publikums zu danken ist. Es genügt eben nicht allein, in Kunstgewerbeschulen Kräfte heranzuziehen, welche gut und geschmackvoll arbeiten können, es muß auch ein Absatz dieser Arbeiten vorhanden sein. Deshalb werden Gewerbetreibende, sondern auch das große Publikum in der Lage sein, unser technisches Unterrichtswesen weiter zu heben.

Zur richtigen Beurteilung der großpolitischen Propaganda mag die Thatsache beitragen, der Kardinal und Fürstbischof von Breslau Dr. Köpp jüngst zu einer Persönlichkeit, welche in einer der von der polnischen Propaganda in Angriff genommenen preussischen Provinzen ein höheres Staatsamt bekleidet, äußert hat, sie beide seien nunmehr gleichmäßig der Anfeindung der kleinen polnischen Presse ausgesetzt.

Die internationale Sanitätskonferenz, welche demnächst in Venedig zusammenzutreten wird, um sich über gemeinsame Abwehrmaßnahmen wider eine Invasion der Pestepidemie zu verständigen, ist bereits die 10. internationale Konferenz zu sanitären Zwecken. Wenn, wie ja zu hoffen steht, die Verhandlungen der Konferenz zu einem positiven Ergebnis führen, so wird Europa hinfort gegen die aus Asien mit Einbruch drohenden Seuchen, insbesondere Cholera und Pestepidemie, als die weitaus gefährlichsten, eine sehr wirksame Defensivstellung einzunehmen in der Lage sein, vorausgesetzt, daß die gleiche Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit wie bei Feststellung der internationalen Reglements auch bei ihrer Inkraftsetzung obwaltet. Letzteres erscheint von desto größerer Wichtigkeit, als eine Reihe der exponierten Einbruchsstellen auf türkischem Gebiete liegen, deren strengste Kontrollierung durch europäische Fachmänner die Vorbedingung für den Erfolg aller internationalen sanitären Vorkehrungen bildet.

Wiesbaden, 30. Januar. Bei der gestern auf Schloß Mumpenheim stattgehabten Taufe der Willingshofs des Prinzen Friedrich Karl von Preußen erhielten dieselben die Namen Philipp und Wolfgang Moritz.

Silbesheim, 30. Januar. Amlich wird gemeldet: Sämtliche zu der Betriebsinspektion Silbesheim gehörenden Strecken, auch Strecke Grauhof-Goslar, sind wieder vollständig in Betrieb genommen.

Dresden, 30. Januar. Der König ist heute früh infolge einer Verletzung der Gehörknöchelchen nach Berlin abgereist und beabsichtigt, Abends hierher zurückzukehren.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. Januar. Das „Fremdenblatt“ sagt in seinem heutigen Leitartikel, die gestrigen Laute Panotung und Murawiew's befähigten vor aller Welt, woran die politischen Kreise niemals zweifeln wollten, daß die Reise Murawiew's nach Paris nicht etwa die Bedeutung einer antichristlichen Kundgebung habe. Die Trinksprüche, die das hergliche Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland widerspiegeln, zeigen auch die Tendenz, die ganz Europa jetzt durchzieht, nämlich den Wunsch nach der Fortdauer des Friedens, für dessen Aufrechterhaltung alle Mächte thätigst gemeinsam bemüht sind, die Mächte des zur Erhaltung des Friedens geschaffenen Dreiecks und die übrigen Mächte. Das „Fremdenblatt“ befragt jedoch die finanzielle Hilfskraft für die Türkei, die, soweit bisher bekannt ist, nicht in finanzieller Garantie bestehen soll. Die Mächte sollen nur dafür bürgen, daß die Fonds zur Bezahlung der Kupons des neuen Anlehens thätigst für diese Zwecke verwendet werden. Es ist selbstverständlich, daß dieser Plan nur dann verwirklicht werden kann, wenn man sich wie über ihn so auch über die Verwaltungsreformen einigt, woran allerdings kaum noch zu zweifeln ist, und wann die Reformen ins Leben treten. Die gesamte Aktion bilde ein zusammenfassendes Ganzes, von dem nicht ein einzelner Teil zu verwickelt ist. Die Verhandlungen der Vorkonferenz bezwecken die Feststellung der Maßregeln zur Verhinderung der Rechtschaffenheit in der Türkei. Die Ereignisse, welche der Türkei zur Erlangung eines neuen Anlehens geboten wird, ist ein freilich unerlässliches Mittel zum Zweck, der hoffentlich erreicht werden wird. Ist einmal die Rechtschaffenheit dem Lande gegeben, so besitzt die türkische Bevölkerung ohne Unterschied der Religion und Rasse das, was ihr am meisten thut.

Wien, 30. Januar. Der Kaiser begab sich heute als am Sterbetage des Kronprinzen Rudolf in die Kapuzinergruft und verweilte einige Zeit an dessen Sarge. Bedeutvolle Kränze wurden von der Kronprinzessin-Bittve Stephanie und anderen Mitgliedern des kaiserlichen Hauses, sowie von dem deutschen Militär-Attache, Obersten Grafen Hülsen-Deseler im Namen Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm niedergelegt.

Best, 30. Januar. Der „Budapester Korrespondenz“ zufolge finden die diesjährigen Kaisermandanten in der Gegend von Tokis statt. Das Blatt glaubt, Se. Majestät der deutsche Kaiser werde an diesen Mandanten teilnehmen. Als Hauptquartier der Mandanten-Überleitung ist das Schloß des Grafen Esterhazy in Tokis in Aussicht genommen, in welchem beide Monarchen Aufenthalt nehmen werden.

England.

London, 29. Januar. Unterhaus. Der Staatssekretär für die Kolonien Chamberlain nahm die Besprechung des Antrages Maclean zu Chamberlains Anträge betreffend die Wiedereingehung eines Ausschusses zur Untersuchung des Einflusses nach Transvaal wieder auf. Der Staatssekretär erklärte, die Regierung könne die Frage nicht als eine offene behandeln. Er wisse, daß das ganze Haus die in Südafrika herrschende Erregtheit zu mildern und die Freundschaft zwischen der englischen und der holländischen Rasse zu fördern wünsche. Die Lage der Angelegenheiten in Südafrika sei noch unbefriedigend. Beunruhigende Gerüchte erreichten ihn, Redner, alle Tage. Zwischen Jellies sei innerhalb der letzten Monate ein Wiederanfeuern der unruhigen Stimmung eingetreten. Die Lage sei durch die neue Gesetzgebung der südafrikanischen Republik nicht gebessert worden. Einige der darin vorgesehenen Bestimmungen seien zweifellos der Londoner Konvention zuwider. Wenn deren Anwendung durchgeführt würde, würde eine Lage geschaffen werden, welche auf englischer Seite als ungerecht, unparteilich und Gebuld erfordern würde. Was Jellies die von den Umländern geforderten Reformen betreffe, so habe Präsident Kruger wieder und wieder versprochen, freundliche Vorstellungen der britischen Regierung und in achtungsvoller Form gehaltene Erklärungen der Mehrheit der Bevölkerung in wohlwollender Erwägung zu ziehen. An freundlichen Vorstellungen und ehrenvollen Ansuchen habe es nicht gefehlt, aber bis jetzt sei die Erwidrerung seitens der Regierung der südafrikanischen Republik keine entsprechende gewesen. Reformen seien versprochen und auch im Volksraad beschlossen worden, aber sie bedeuteten nur ein sehr kleines Stück Weg zu einer Befriedigung der gerechtfertigten Ansinnen der Mehrheit der Bevölkerung. Er habe keinen Grund, von der dem Präsidenten Kruger gemachten Mitteilung abzugehen, daß keine Sicherheit für Frieden oder gute Beziehungen zwischen den verschiedenen Rassen bestehen würde, bis die Wünsche der Schwärzen der Umländer erreicht sei. (Beifall.) Präsident Kruger habe seinerseits mit Schwierigkeiten zu kämpfen; er habe möglicherweise Schwierigkeiten bei seinem eigenen Volke zu überwinden. England könne nur wünschen, daß Präsident Krugers Hand erstarke, um das wiederholt gegebene feste Versprechen durchzuführen. Präsident Kruger habe wiederholt gesagt, fuhr der Staatssekretär fort, seine Politik sei die, Wunden zu heilen, zu vergessen und zu vergeben, und zweifellos sei dies die Politik der Mehrheit in Transvaal, obgleich auf beiden Seiten extreme Gruppen vorhanden sein mögen, welche gewillt sind, den Zustand der Unruhe aufrechtzuerhalten. Unter diesen Umständen, erklärte alsdann der Staatssekretär, verlangen wir, daß die Untersuchung der Angelegenheit fortgesetzt werde, welche erstens eine Untersuchung des Ursprungs und der näheren Umstände des Einflusses in Transvaal sein soll, zweitens eine Untersuchung der Verwaltung der Chartered Company. Was den zweiten Teil betrifft, so denke ich nicht, daß eine Meinungsverschiedenheit darüber bestehe, daß es für das Haus ungeschwätzwertig ist, im Verlaufe der Thatsachen zu sein, welche auf die Art und Weise Bezug haben, in welcher die Chartered Company bis jetzt ihre Verpflichtungen erfüllt hat. Angesichts der Größe und der Schwierigkeit der Aufgabe der Company, sagte Redner hinzu, glaube er, die Chartered Company werde sehr gut auf der Sache hervorgehen und man werde finden, daß die Entwicklung des weiten Gebietes, welche von der britischen Regierung ohne große Ansprüche an die Steuerzahler nicht hätte unternommen werden können, durch die Gesellschaft im großen Ganzen mit großem Erfolg und großem Gemeinwohl durchgeführt worden sei (Cheers).

Der andere Teil der Untersuchung erfordert unzweifelhaft große Sorgfalt und Aufmerksamkeit. Der Einbruch in Transvaal stehe in Beziehung mit der Unzufriedenheit, welche in Johannesburg herrsche, und keine Untersuchung über den Ursprung derselben würde vollständig oder gerecht sein, wenn sie nicht auf die Frage der Beschwerden eingehe und erwäge, inwieweit durch dieselben die Möglichkeit des Einflusses geschaffen worden sei. Obgleich er zugebe, daß die Untersuchung mit Schwierigkeiten verknüpft sein würde, fühle er sich doch verpflichtet, auf die Ernennung des Untersuchungsausschusses zu dringen. Gewiß sei weder dem Präsidenten Kruger, noch irgend einem Außenstehenden in dieser Angelegenheit ein Verprechen gemacht worden. Das Verprechen sei dem Hause gemacht worden, und die Regierung könne nicht ohne Verletzung ihrer Ehre sich von diesem Verprechen zurückziehen, außer wenn sie durch allgemeine Zustimmung dessen ledig gesprochen würde. Obgleich dem Ausschusse große Verantwortlichkeiten auferlegt seien, so glaube er doch, daß der Ausschuss sich völlig im Stande zeigen werde, denselben gerecht zu werden in einer Weise, daß die in Südafrika bestehenden erregten Erinnerungen nicht gereizt, sondern gemildert würden. Dacourt unterstüzte hierauf die von Chamberlain ausgesprochenen Anschauungen, wobei er erklärte, es sei vor allem nöthig, den freundlichen Vorstellungen Englands bei dem Präsidenten Kruger Nachdruck zu verleihen, indem Englands bona fides durch die Veranlassung einer ganz eingehenden Untersuchung außer Zweifel gestellt werde. Die Bormahme der Untersuchung werde sich nicht bloß an die Regierung der südafrikanischen Republik, sondern an die Gesamtheit der holländischen Bevölkerung Südafrikas, welcher die Versicherung zu geben wünscht, daß England bestrebt sei, sich beiden Rassen gegenüber gerecht und billig zu verhalten. Die Untersuchung sei nöthig, um der Welt die Versicherung zu geben, daß es Englands Wunsch und Entschluß sei, anderen Nationen gegenüber in gerechter Weise zu verfahren. Nach einer weiteren Debatte zog Maclean seinen Antrag zurück und Chamberlains Antrag wurde einstimmig angenommen, worauf ein Untersuchungsausschuß von 15 Mitgliedern eingesetzt wurde.

London, 30. Januar. Wie die „Times“ vom gestrigen Tage aus Konstantinopel melden, hat der Sultan am 28. d. Mts. die Bedingungen der Ottoman-Bank angenommen; der Betrag über einen von der Ottoman-Bank zu

Nach beendeter Inventur stellen wir einen grossen Posten **Reste** aller Gattungen **Kammgarn, Cheviot, Buckskin etc.** vom 1. Februar a. c. ab zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen zum Ausverkauf.

Wir gewähren auf diese Sachen bei Baarzahung **4% Rabatt.**

Hochachtungsvoll

Grunwald & Noack, Königsstr. 1.

Grösste Bettfedernhandlung der Provinz.

Oderbrucher, Böhmisches Bettfedern und Daunen in gereinigt-staubfreier Waare.
Fertige Betten, fertige Matratzen, fertige Inlette, fertige Bettwäsche.

Eiserne Kinderbettgestelle in allen Grössen und Ausführungen.

Verkauf zu allerbilligsten Preisen.

En gros — en detail.

Dienemann & Co., Untere Schulzenstr. 26 — 28, Fernsprecher 922.

Kauf- und Versandhaus Gustav Sepke,

Berliner Thor No. 2.

Am Montag, den 1. Februar, beginnt mein erster grosser

Inventur-Ausverkauf.

Besonders vorthellhaft stellt sich dieser Ausverkauf für das kaufende Publikum dadurch, daß ich nicht, wie vielfach üblich, Ramschwaare, sondern nur meine bisher geführten, reellen, anerkannt guten Qualitäten zum Verkauf bringe, um mit meinem grossen Lager zu räumen.
Zum Verkauf gelangen grössere Parthien Waaren aus allen Abtheilungen meines Lagers, welche in der Inventur zurückgesetzt sind.

Stettiner Stadtverordneten-Verammlung am 4. Februar 1897, Nachmittags 5 Uhr. Öffentliche Sitzung.

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Verammlung zur Wahl eines Abgeordneten für den Provinzial-Landtag an Stelle des Herrn Stadtrath von Dohren, welcher sein Mandat niedergelegt hat.

1/2. Zuschlagserteilung zur freihändigen Verpachtung von 6 Parzellen des sogenannten Kartoffelfeldes im Revier Wolfshof auf 3 Nutzungsjahre, und von 10 Wiesen im Revier Mieschlin auf 6 Nutzungsjahre.

3. Zustimmung zum Ankauf einer Bürgerwiese, Neuenwiehe an der Oder, in der Nähe der zu errichtenden Badeanstalt zum Preise von 4500 M pro ha. Die Wiese ist 5 Morgen 41 □ M gross.

4. Zustimmung, daß die Johannisthorer-Deputation, Salinger- und Sams-Schleifens-Deputation ermächtigt sein sollen, in den Kreis der Bewerber um ihre Wahlen auch solche geschiedenen Ehefrauen aufzunehmen, welche in dem Ehegerichts-Erkenntnis für den schuldigen Theil nicht erachtet worden sind.

5. Antrag von drei Stadtverordneten: Die Verammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß derselbe mit ihr in gemeinsamer Kommission über die Einführung einer Gewerbesteuer-Ordnung für die gewerbesteuerpflichtigen Grossbetriebe Stettins berathe, nach ihrer Ansicht die bisher üblichen Zuschläge Grund von § 29 des Kommunalabgabengesetzes und Artikel 20 der ministeriellen Anweisung — besondere kommunale Gewerbesteuer erhoben werden sollen.

6. Zustimmung zur Einführung der Erben einer verstorbenen Bäckerin zweier südlicher Wiesen von dem Nachbarn.

7. Petition eines Bürgers um Befreiung von Abgaben, welche sein Grundstück belasten und demselben Zeit und Licht rauben.

8. Zustimmung zur Verlängerung eines Miethes-Vertrages bezugl. dreier Plätze am Dursig.

9. Ausräumung des Magistrats auf den Stadtrathung der Vorlage, Festlegung der städtischen Kommission und Wahl von Mitgliedern der Verammlung und Wahl von Mitgliedern der Verammlung in diese Kommission.

10. Mittheilung des Protokolls der städtischen Kommission im Monat Januar d. J.

11. Mittheilung der im Quartale 1. Oktober bis ultimo Dezember 1896 durch die Stadtverordneten-Verammlung nachbewilligten Beträge.

12. Genehmigung zur Pensionierung einer Lehrerin zum 1. April d. J. und Bewilligung einer jährlichen Pension von 1120 M.

13. Zustimmung zu einer anderweitigen Vereinbarung mit dem Unternehmer für Verpachtung der Sprengwägen.

14. Mittheilung des Magistrats auf den Stadtverordneten-Beschluß vom 21./1. d. J. betr. die Bildung der Deputationen und Kommissionen und Antrag auf Wählung des Statuts des Johannisthorer.

15. Mittheilung von Wittwen- und Waisengeld für die Hinterbliebenen eines verstorbenen pensionierten Lehrers.

16. Bewilligung von 40 M für die Klempner-Forbildung- und Fachschule.

17. Nachbewilligung von 250 M (Feuerversicherung des Schulhauses der 16. Gemeindegasse).

18. Genehmigung, daß die jetzige Barnimische in das neue Schulgebäude in der Barnimstrasse verlegt und daß die neu zu bildende 3. Klassen-Mittelschule als Betriebschule bezeichnet werde.

19. Wählung einiger Bestimmungen der Finanz-Deputation.

Nicht öffentliche Sitzung.

1. Petition des Direktors des Stadttheaters, die

Stadt wolle demselben den Theaterfonds abkaufen und eine jährliche Subventionierung des Stadttheaters vom 1./1. 97 ab bewilligen.

2. Wahl von zwei Armenpflegern der 11. Kommission, 8/5. Bewilligung von 66,67, 87,50 und 66,67 M Vertretungskosten für eine erkrankte Lehrerin und zwei erkrankte Lehrer.

6. Eine Unterstufungsstelle.

7. Entbindung eines Bürgers vom Amt eines Armenpflegers.

8. Wahl eines Vorstehers und eines stellvertretenden Vorstehers für den 39. Waisenraths-Bezirk.

Dr. Scharlau.

Bekanntmachung.

Als Trichinenhauer bzw. Trichinenhauerinnen für den Polizei-Bezirk Stettin sind angestellt **Emil Bretschneider, Alma Pauly, Anna Baetke geb. Linde und Marie Kühl geb. Ehrhardt.**

Der Polizei-Präsident.

von Zander.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Tischlerarbeiten, Schlosserarbeiten, Tischlerarbeiten, Malerarbeiten, Glaserarbeiten

zum Neubau des Städtischen und Beamtenwohnhauses am Krankenhaus soll vergeben werden, und werden Unternehmer aufgefordert, ihre Angebote, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis

Montag, den 8. Februar 1897, Vorm. 10 Uhr, im Stadtbauamt im Rathhaus, Zimmer 38, wo die Eröffnung in Gegenwart der errichtenden Unternehmer stattfindet, einzureichen.

Die Zeichnungen, Bedingungen etc. liegen im Zimmer 39 zur Einsicht aus.

Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

Künstl. Zähne, I. Klasse v. 2 Mk. an.

Unter Garantie. Zahnarzt Dr. Th. Eggers, Stettin, Wittmoorstr. 10.

Evangelischer Arbeiter-Verein.

Wittmoor, den 3. Februar (nicht Dienstag, den 2.), Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Engelhardt (früher Rohrer): **Männer-Verammlung.** T. D.: Wichtige Vereins-Angelegenheiten, Anträge und Aufnahmen.

Der Vorstand.

Berein 1858.

(Kaufmännischer Verein.)

Hamburg, St. Bäderstrasse 32.

Die Mitgliedschaften für 1897, die Quittungen der Pensionen-Kasse, sowie der Kranken- und Begräbnis-Kasse, c. d., liegen zur Einsicht bereit. Nach dem 1. Februar ist Verzugsverpflichtung zu zahlen.

Eintritt in den Verein und seine Kassen täglich. Der Verein empfiehlt den Herren Chefs für offene Stellen seine gutempfohlenen stehenden Mitglieder. Am 15. Januar wurde die

60 000ste

kaufmännische Stelle durch seine Kostenfreie Vermittelung befüllt; in 1896 allein 4840 Stellen.



Köstritzer Schwarzbier.

Dieses altberühmte Bier, welches infolge seines grossen Malz- und Würze-Extractes und geringen Alkohols besonders Kindern, Blutmännern, Wöchnerinnen, nährenden Müttern und Reconvalescenten jeder Art von hohen medizinischen Autoritäten empfohlen wird, ist zu haben in Stettin bei den General-Vertretern Herrn **Gollie & Röttger**, Beringerstrasse 78. Niederlage bei Herrn **M. Krause**, Königsstrasse 1.

Fay's ächte

Erhältlich in allen Apotheken, Drogerien und Mineralwasserhandlungen.

Preis 85 Pfg. pro Schachtel.

Sodener Mineral-Pastillen

sind weltberühmt und von ärztlichen Autoritäten aufs Warmste empfohlen.

Jedermann soll wissen, dass **FAY'S** ächte Sodener Mineral-Pastillen bei Husten, Heiserkeit und Verschleimung unentbehrlich sind.

Teppiche spottbillig!

à 3,75, 5, 10, 15 bis 300 Mk. Pracht-Katalog gratis u. fre. Gardinen, Portieren, Sopha-Stoffe, Reste unter Preis. **Teppich-Haus.** Emil Lefèvre, Berlin S. Oranienstrasse, 158. Grösstes Teppich-Spezial-Geschäft Berlins.

Action-Gesellschaft für Fabrikation von Kohlenstiften

vormals **F. Hardtmuth & Co.** Ratibor, Oberschlesien.

liefert zu den billigsten Preisen in bekannter bester Qualität. **Kohlenstifte für electriche Beleuchtung, Specialkohlen für Wechselstrom, Kohlen für electrochemische Zwecke, Dynamobürsten.**

In Berlin 1896 prämiirt wurden

Leichner's Fettpuder

Leichner's Hermelinpuder und Aspasiapuder

sind die besten unschädlichen Gesichtspuder, geben der Haut einen zarten, rosigen, jugendfrischen Ton. Man merkt nicht, dass man gepudert ist. Zu haben in der Fabrik, **BERLIN, Schützenstrasse 31**, und in allen Parfümerien. Man verlange stets: **Leichner'sche Waaren!**



Ortskrankenkasse 26

erfücht im Zahlung der aus dem Jahr 1896 rückständigen Beiträge.

M. Vortrag zum Besten der Stettiner Stadtmission.

Dienstag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, im grossen Saale des Gong. Vereinshauses: **Pastor R. Römer-Renskow:** „Die Auferstehung der Toten.“ Eintritt frei. Kollekte für die Stettiner Stadtmission.

Verein chem. Kam. des Drag.-Regts. Fhr. v. Derfflinger (Neum.) No. 3. Montag, den 8. Februar, Abends 8 Uhr: General-Verammlung Bölgerrstr. u. Birkenallee-Ecke. Der Vorstand.

Stettiner Handwerker-Ressource.

Samstag, den 31. Januar cr., **Randower Molkerel,** Abends 7 1/2 Uhr:

Musikalische Abendunterhaltung Gratis-Verloofung sehr werthvoller Gegenstände. Nachdem: **Tanz.** Einführungen gestattet.

Connabend, den 6. Februar cr.: **Ball.**

Rath! in jeder Frauenangelegenheit. **Ww. Schmidt, fr. Hebamme,** Berlin, Neuenburgerstr. 97. Sendt Brochüre gegen 60 Pf. Brim

